

Druck soll auf dem Kessel bleiben

BAHNLÄRM Demo im Mai / Thema bei Schwarz-Grün

REGION (red). „Den Druck auf dem Kessel halten“ soll eine weitere Bahlärm-Demo am 10. Mai in Rüdeshelm, auf die sich Vertreter des Rheingaus und des Mittelrheintals verständigt haben. Nur stete „Erinnerung“ der Verantwortlichen an die berechtigten Anliegen der Bahlärm-Betroffenen könne zum Ziel einer „deutlichen Reduzierung des Güterbahlärmes in der Region“ führen, sind sich der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz, der Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises, Burkhard Albers, und Willi Pusch, der Vorsitzende der Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn einig. Und schließlich sollen die neuen Minister in Berlin und Wiesbaden gleich auf das Problem aufmerksam werden.

Die Demo am 10. Mai wurde bei einem Treffen im Rüdeshemer Rathaus vereinbart, zu dem der Rheingau-Taunus-Kreis, Vertreter der Landkreise und Kommunen entlang des Rheins sowie die Bürgerinitiativen gegen Bahlärm eingeladen hatten. Erstmals saß auch die Landeshauptstadt Wiesbaden mit am Tisch.

„Deutschland hinkt nach“

Landrat Albers verwies darauf, „dass Länder wie Italien, Schweiz und Holland ihre Streckenabschnitte für den Güterverkehr auf dem Korridor Rotterdam – Genua längst erneuert haben“, beziehungsweise dies mit der Fertigstellung des Gotthardtunnels gerade vollzögen: „Andere Länder erledigten die in Europa vereinbarten Hausaufgaben bereits – nur Deutschland hinkt nach.“

Die Vermeidung und Reduzierung von Bahlärm im Rheingau sei ein zentrales Anliegen der neuen schwarz-grünen Landesregierung, sagt die Landtagsabge-

ordnete Petra Müller-Klepper (CDU) und verweist auf Aussagen von Ministerpräsident Volker Bouffier in seiner Regierungserklärung. Auf einer Entlastung der Bahlärm-Betroffenen im Mittelrheintal liege ein besonderes Augenmerk.

Die Landesregierung setze einen Schwerpunkt auf die Entlastung von Lärm und Erschütterungen. Die Belastung durch den Güterzugverkehr auf der Rheintaltrasse beschere den Anliegern eine chronische Belastung, die permanent über den Grenzwerten liege.

Gesundheitsgefährdung

Die Landesregierung fordere die schnellstmögliche Umrüstung auf leise Güterzüge und EU-weit ein Einsatzverbot für laute Güterwagen ab dem Jahr 2020, so die Rheingauer Abgeordnete. Der Lärm müsse an der Quelle bekämpft werden.

Durch Geschwindigkeitsbeschränkungen könnten insbesondere die nächtlichen Spitzenpegel gesenkt werden. Die hohe Frequenz von mehr als 100 Güterzügen in der Nacht gefährde die Gesundheit. Lärm verursache Stress, Herzkreislauf-Erkrankungen, psychosomatische Störungen und Schlafstörungen und beeinträchtige das Immunsystem.

Langfristig müsse der Güterzugverkehr durch eine Verlagerung auf eine Entlastungsstrecke aus dem Mittelrheintal herausgehalten werden. Die Landesregierung setze sich für eine Alternativstrecke ein und habe das Projekt beim Bund für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes angemeldet. Mit der Fertigstellung des Gotthard-Basistunnels werde sich der Güterverkehr im Rheintal nochmals erhöhen. Aber eine weitere Verdichtung könne nicht verkraftet werden.